



Protokoll des Gemeinderates Dübendorf

vom 5. März 2007

Blatt 104

5. Sitzung

<u>Ort:</u>	Saal Reformiertes Kirchenzentrum ReZ	
<u>Beginn:</u>	19.00 Uhr	
<u>Vorsitz:</u>	Andreas Sturzenegger	Ratspräsident
<u>Protokoll:</u>	Toni Spitale	Ratssekretär
<u>Anwesend:</u>	39 Ratsmitglieder	
<u>Entschuldigt abwesend:</u>	Rolf Butz, Stadtschreiber Patrick Schärer, Stadtschreiber-Stellvertreter Hans Zeier, Hochbauvorstand Peter Schuppisser (SP)	
<u>Stimmzähler:</u>	Matthias Maag Patric Crivelli Patrick Angele	Bereich rechts, FDP und Bürotisch SVP Bereich links
<u>Weibeldienst:</u>	Leopoldo Putorti	Stadtweibel

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 4. Sitzung vom 4. Dezember 2006
3. Postulat Thomas Maier (GEU) betreffend Flusskraftwerk / Beantwortung (Gesch. Nr. 233 / 2005)
4. Postulat Anton Keller (SVP) und 20 Mitunterzeichnende betreffend Parkplatzbewirtschaftung / Beantwortung (Gesch. Nr. 227 / 2005)
5. Postulat André Ingold (SVP) und 10 Mitunterzeichnende betreffend Umweltbericht / Beantwortung (Gesch. Nr. 210 / 2005)
6. Dringliche Interpellation Patrick Angele (JUSO / SP) und 9 Mitunterzeichnende betreffend privater Sicherheitsdienst am Stägenbuck / Beantwortung (Gesch. Nr. 14 / 2006)
7. Interpellation Hans Baumann (SP / JUSO) und 8 Mitunterzeichnende betreffend Kinderbetreuung / Begründung / Überweisung (Gesch. Nr. 34 / 2006)
8. Interpellation Stefanie Huber (GEU) und 4 Mitunterzeichnende betreffend Eco-Car-Expo / Begründung / Überweisung (Gesch. Nr. 44 / 2007)
9. Pensionskasse der Stadt Dübendorf / Reglementsänderung / Genehmigung (Gesch. Nr. 26 / 2006)
10. 2 Bürgerrechtsgesuche

1. Mitteilungen

- Nächste Sitzung

Der Präsident teilt mit, dass die April-Sitzung voraussichtlich ausfällt. Die nächste Gemeinderatssitzung - mit Fragestunde - findet am 7. Mai 2007 statt.

- Ratsausflug 2007

Der diesjährige Ratsausflug findet am Freitag, 31. August statt.

- Austritt aus Fraktion

Mit Schreiben vom 5. März 2007 teilt Ratsmitglied René Crivelli mit, dass er aus der FDP-Fraktion ausgetreten ist.

Fraktionserklärung der SP

Andrea Kennel:

„Hans Baumann hat betreffend Kinderbetreuung ein Postulat eingereicht. Das Büro des Gemeinderates hat ihm nahe gelegt, das Postulat in eine Interpellation umzuwandeln. Der Grund: Ein Postulat verlangt Bericht und Antrag und das Postulat Baumann verlange nur einen Bericht. Nun habe ich nachgeschaut, was Thalmann dazu schreibt: Da steht unter §105 5.3: Das Postulat ist ein selbständiger Antrag, der die Verwaltungsbehörden einlädt zu prüfen, ob ein Beschlussentwurf vorzulegen oder irgendeine andere Massnahme im Aufgabenbereich der Gemeinde zu treffen sei. Weiter unter 5.4: Die Interpellation ist eine Anfrage an die Verwaltungsbehörden über einen beliebigen, in den Aufgabenkreis der Gemeinde fallenden Gegenstand. Das heisst also, dass mit einem Postulat nicht zwingend ein Beschluss verlangt werden muss. Im Gegensatz zu einem Postulat ist eine Interpellation eine reine Anfrage. Eine Interpellation kann also genau genommen keinen Bericht, sondern nur Antworten auf konkrete Fragen verlangen. Für einen Bericht wird in der Regel das Instrument des Postulates genutzt. Nun haben wir heute ja drei weitere Postulate auf der Traktandenliste. Diese sind ein gutes Beispiel, denn die beiden Postulate von Toni Keller und André Ingold verlangen beide nur einen Bericht und keinen Antrag. Trotzdem wurden sie als Postulate eingestuft. Es ist für die SP absolut nicht verständlich und nicht nachvollziehbar, wieso das Büro des Gemeinderates dieses Postulat formell bekämpft. Da es dem Erstunterzeichner aber vor allem um den Inhalt geht, war er bereit, das Postulat in eine Interpellation umzuwandeln.“

Fraktionserklärung der CVP

Andrea Kuhn:

„Die CVP-Fraktion ist sehr erfreut über das neue Legislaturprogramm und möchte dem Stadtrat für dieses gelungene, übersichtliche und stichhaltige Werk ein grosses Lob aussprechen. Ganz persönlich gefällt mir der Satz auf Seite 4: Dübendorf, die selbstbewusste Stadt vor den Toren Zürichs.“

2. Protokoll der 4. Sitzung vom 4. Dezember 2006

Gegen das erwähnte Protokoll sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit im Sinne von Art. 68 der Geschäftsordnung genehmigt.

3. Postulat Thomas Maier (GEU) betreffend Flusskraftwerk / Beantwortung

Thomas Maier (GEU) nimmt zur Antwort des Stadtrates vom 6. Oktober 2006 Stellung:

„Vor knapp einem Jahr habe ich hier in diesem Rat mit einem flammenden Votum für die Idee zur Prüfung eines Flusswasserkraftwerkes an der Glatt geworben. Ich habe erwähnt, dass „Gut Ding Weile haben will“. Dies trifft nun auch ein Jahr später

auf das vorliegende Postulat weiterhin perfekt zu. Verstehen Sie mich bitte richtig: wir haben hier viel Geduld in positivem Sinne, auch wenn nun das Postulat dem Anfangsstadium entwachsen und bereits mit einiger Fahrt unterwegs ist. Nachdem schon vor vielen Jahren in unserer Fraktion die Idee aufkam, die Wasserenergie an der Glatt zu nutzen, freuten wir uns sehr über die gefundene Unterstützung dieser guten Sache in diesem Rat.

Entsprechend möchte ich im Folgenden natürlich Werbung zur Aufrechterhaltung des Postulates machen und kurz zwei, drei Bemerkungen zum aktuellen Umfeld, zur Machbarkeit und zur möglichen Wirtschaftlichkeit sowie zu den Finanzen machen.

Vor einem Jahr habe ich auf verschiedene, grössere Ereignisse im Energiesektor hingewiesen, die uns bewogen die Idee endlich aus der Schublade zu nehmen. Dieses Energie- und Klimaumfeld hat sich leider überhaupt nicht entspannt – auch wenn wir uns alle etwas anderes wünschen würden. Im Gegenteil: die neuesten Klimaberichte der UNO und diverser Wissenschaftler oder NGOs zeichnen immer dramatischere Bilder unserer Klimazukunft. Wie auch der Film von Al Gore – im Moment in aller Munde – deutlich aufzeigt, kann ein Einfluss menschlichen Handels definitiv nicht mehr von der Hand gewiesen werden. Selbst im Kantonsrat waren alle tief beeindruckt von den Fakten. Das einzige was weiterhin fehlt, sind Taten und die Umsetzung allseits bekannter Lösungen. Wir müssen (fast) nichts neu erfinden, nur vorhandene Ideen und Technologien zur Effizienzsteigerung und alternativer Energieformen endlich umsetzen. Ein Flusswasserkraftwerk kann hier – zugegeben einen kleinen – aber unserer Meinung nach wichtigen Beitrag leisten. Weder neue Atomkraftwerke noch neue Gaskraftwerke lösen bevorstehende Herausforderungen nachhaltig.

Daneben dürfen wir die verschiedenen Engpässe bei der Erdölversorgung (inklusive der Preisschübe) oder auch den vergangenen Gasstreit nicht vergessen. Sie sind zwar im Moment aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden, können aber unmittelbar und schnell wieder auftauchen. Wollen wir unsere Abhängigkeit vom Ausland reduzieren, müssen wir alle Hebel in Bewegung setzen.

Die vor einem Jahr erwähnte Drohung der AXPO mit neuen Kernkraftwerken oder massiven Energieengpässen bei der Stromproduktion, wenn die bestehenden Betriebsbewilligungen auslaufen und keine Sparmassnahmen greifen, wurde leider viel zu rasch Realität. Wir sind klar der Meinung: sparen müssen wir beim Strom dringend – respektive den vorhandenen Strom endlich effizienter einsetzen. Es besteht aber ebenso dringend Handlungsbedarf auf der Produktionsseite. Die AXPO setzt den Hebel leider weder beim Sparen noch bei der Reduktion von CO₂ an und entkoppelt uns nicht von der massiven Auslandabhängigkeit beim Gas oder Uran (Ausland). Bei den AKWs bleibt das Restrisiko eines GAUs à la Tschernobyl vorhanden, wie uns auch der glimpflich abgelaufene, aber schwere – nahe am GAU - Zwischenfall in Forsmark (Schweden) leider wieder gezeigt hat. Zudem ist die Frage der Entsorgung unserer radioaktiven Abfälle weiterhin unklar und sehr umstritten.

Wir werden in Zukunft mit Energie also ökologisch nachhaltiger umgehen müssen. Alternativ heisst nämlich auch: die Wasserkraft konsequent, aber umweltverträglich nutzen. Ich wiederhole gerne: Das Wasser fliesst nämlich mehr oder weniger gratis vor unseren Augen den Fluss hinunter – wir müssen es nur nutzen. Bei Kleinkraftwerken besteht grosses Potential. Dies hat auch der Stadtrat in seiner Weisung erkannt.

Über die Wirtschaftlichkeit wurde viel gestritten und geschrieben. Je nach Berechnungsgrundlage liegt eine Wirtschaftlichkeit in weiter Ferne – oder etwas näher. Beruhigenderweise hat die Grobstudie, welche der Stadtrat durchführen liess, im Wesentlichen keine grossen Abweichungen zu den Zahlen ergeben, die ich hier vor einem Jahr als grobe Schätzung präsentierte. Im Wesentlichen werden diese Zahlen, welche ich anhand eines einfachen Rechenbeispiel für die Glatt angefügt – basiert auf Abflusszahlen der Glatt aus dem Jahre 1993 und berechnet mit meinem bescheidenen Wissen vom Physikstudium an der ETH und Nachfragen bei Fachleuten (Iteco, schon realisierte Kleinwasserkraftwerke), bestätigt. Dies immer bezogen auf Niederdruckkraftwerke mit geringen Fallhöhen wie dies an der Glatt der Fall wäre und basierend auf Abflussmengen der Glatt von www.hochwasser.zh.ch.

Natürlich erscheinen Gestehungskosten von 45Rp / kWh im Moment als sehr hoch. Dies ist aber – wie der Stadtrat schreibt – im Moment ein „worst case“-Szenario. Je nach möglichem Standort können diese noch massiv gesenkt werden. Dazu kommt eine ungewisse Entwicklung der allgemeinen Energiepreise. Zum Standort: unsere Ideen wie Obere Mühle oder beim Stauwehr bei der Eisbahn waren immer nur Vorschläge für mögliche Standorte. Wir lassen uns gerne von viel besseren Standorten überzeugen, wo ein Flusskraftwerk ökonomisch und ökologisch sinnvoller möglich wäre. Die Vorstudie des Stadtrates ergibt hier, dass der Standort bei der Ringstrasse beispielsweise viel besser, günstiger und einfacher realisierbar ist. Wir können die Argumente sehr gut nachvollziehen und finden den Vorschlag, diese Idee (Nutzung der bestehenden Staustufe an der Ringstrasse) weiter zu prüfen sehr gut. Je nachdem wie eine Regelung mit den Wassernutzungsrechten (im konkreten Fall mit der Gemeinde Wallisellen) möglich ist, könnten dann eben auch die Gestehungskosten einiges sinken, da 150'000 kWh mehr Strom produziert werden könnten.

Unsere Vorstellung bezüglich Finanzierung ist weiterhin klar: Bau und Unterhalt macht / finanziert nicht die Stadt Dübendorf. Dies muss privat geschehen – allerdings natürlich in enger Zusammenarbeit und Partnerschaft mit der Stadt Dübendorf. Als möglicher Partner kämen zum Beispiel die Glattwerke in Frage. Der Strom wird über eine Strombörse verkauft.

Die finanziellen Aufwendungen im Rahmen dieses Postulates halten sich weiterhin in engen Grenzen. Wir brauchen allerdings weiterhin einen Anstoss durch die Stadt. Im Vergleich mit vielen anderen Planungskosten in der Stadt, sind und bleiben wir in der Weiterverfolgung der Idee eines Flusskraftwerkes günstig – im Bereich von wenigen 1000 Franken.

Obwohl die Axpo und weitere Energielieferanten im Moment stark auf AKWs setzen, bleibt das brachliegende Potential von Kleinwasserkraftwerken wie auch die neuen technisch cleveren Möglichkeiten mit modernsten, günstigen Turbinen. Verschiedene Hightech-Firmen betonen immer wieder die exzellente Ökobilanz von Kleinwasserkraftwerken.

Wir haben weiterhin die Vision, dass in Dübendorf für zirka 200 Haushalte mit einem Flusswasserkraftwerk bald kleine, feine Mengen an Strom lokal ökologisch und nachhaltig produziert werden können. Dem Label „Energistadt“ würden wir damit alle Ehre erweisen und könnten mit der Einspeisevergütung eine zusätzliche Anschubfinanzierung anzapfen.

Wir können lokal Impulse setzen und zukunftsgerichtete Investitionen auslösen. Selbst das lokale Gewerbe würde mit Aufträgen und Strombezug davon profitieren.

Ein solches Kraftwerk ergibt lokal mehr Wertschöpfung als der Einkauf von Uran oder Gas im Ausland.

Folgen wir den Beispielen anderer Gemeinden (Fällanden will zum Beispiel ein Trinkwasserkraftwerk bauen), wo vermehrt wieder kleine, lokale Wasserkraftwerke instand gesetzt und gefördert werden. Der Stadtrat möchte das Postulat aufrecht erhalten und die Idee eines Flusswasserkraftwerkes weiterverfolgen und besser abklären – bitte geben Sie ihm und Dübendorf diese Chance und stimmen Sie mit uns für die Aufrechterhaltung.“

Diskussion:

Stephan Schneider (CVP) verlangt das Wort: „Es herrscht wohl Einigkeit im Saal, dass nebst Energie-Sparmassnahmen auch erneuerbare Energien gefördert werden müssen. Dies hat sich auch die Stadt Dübendorf mit dem Label Energiestadt auf die Fahne geschrieben. Das Postulat passt daher sehr gut in die Energiepolitik von unserer Stadt. Entscheide in Energiesachen sind oftmals Entscheide, welche ihre Wirkung erst in Zukunft entfalten. So auch das Projekt Kleinwasserkraftwerk. Keiner weiss genau, wie sich die Preislandschaft im Strom entwickeln wird. Klar dürfte aber allen sein, dass der Strom teurer wird. Somit steigen auch die Chancen, um ein Kleinwasserkraftwerk an der Glatt erfolgreich zu betreiben. Es liegt auf der Hand, dass es in der Energiepolitik praktisch nichts zum Nulltarif geben wird, wenn es um die Mehrgewinnung von erneuerbaren Energien geht. Unter diesem Aspekt wäre es jetzt verfrüht zu sagen, das Kleinwasserkraftwerk könne nicht rentabel gemacht werden. Ich gehe davon aus, dass sich auch die Techniken im Bereich Flusskraftwerke weiter entwickeln und Letztere effizienter werden. Es gilt auch ein Zeichen zu setzen, dass man sich der Problematik bewusst ist. Es braucht viele kleine Schritte zur Verbesserung der erneuerbaren Energien. Dazu ist auch die Weiterverfolgung eines Kleinkraftwerkes an der Glatt eine optimale und sinnvolle Gelegenheit. Es ist unsere Pflicht, in die Zukunft zu blicken und weitsichtige Entscheide zu treffen. Daher ist die Aufrechterhaltung dieses Postulates ein unterstützungswürdiger Weg. Aufgrund einer fundierten Vorstudie können alle Elemente genau beurteilt werden. Jetzt aufzugeben, wäre ein falsches Zeichen. Daher bitte ich den Rat, das Postulat aufrecht zu erhalten.“

Votum von Andrea Kennel (SP): „Zuerst ein Wort zum Stadtrat. Ich möchte mich beim Stadtrat für die klare Studie mit konkreten Aussagen bedanken. Wir unterstützen den Antrag auf Aufrechterhaltung des Postulates. Denn wir sind auch der Meinung, dass die Idee von Wasserkraftwerken weiter verfolgt werden soll. Dabei möchten wir aber, dass auch das Kraftwerk bei der Oberen Mühle weiter verfolgt wird. Dies aus folgenden Gründen: Die nötige Infrastruktur mit Damm und Kanal ist grösstenteils bereits vorhanden. Somit könnte mit relativ kleinem Aufwand ein neues Wasserkraftwerk erstellt werden. Eine Reaktivierung des Wasserrades wäre ein sehr anschauliches Beispiel, wie früher Energie gewonnen werden konnte, und wie dies heute auch noch möglich ist. Denkbar ist auch, dass die Obere Mühle sich so selber mit Strom versorgen könnte. So hätte Dübendorf und das Glattwerk ein Anschauungs- und Werbeobjekt an zentraler und attraktiver Lage. Der Klimawandel verlangt Innovation. Wir freuen uns auf kreative Ideen der Stadt und der Glattwerke.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Mit 36 zu 0 wird der Aufrechterhaltung des Postulates zugestimmt.

Das Postulat muss somit im Geschäftsbericht als Pendeuz aufgeführt werden.

Andrea Kuhn (CVP) verlässt die Sitzung. Anzahl anwesende Ratsmitglieder ab
19.25 Uhr: 38

**4. Postulat Anton Keller (SVP) und 20 Mitunterzeichnende betreffend
Parkplatzbewirtschaftung / Beantwortung**

Anton Keller (SVP) nimmt zur Antwort des Stadtrates vom 6. Oktober 2006 Stellung:

„Es ist unschwer zu erkennen, dass die Antworten des Stadtrates alles andere als zufrieden stellend ausgefallen sind. Dass dieser in keiner Weise nur auf eines der Anliegen eingegangen ist (immerhin hat eine Mehrheit im Gemeinderat diese unterstützt), zeugt von einer beispiellosen Selbstherrlichkeit und grenzt schon fast an Überheblichkeit. Fast gleichzeitig mit meinem Postulat im September 2005 hat auch der Gewerbe-, Handels- und Industrieverein Dübendorf in einem Schreiben an den Stadtrat ähnliche Wünsche geäußert. Nach meinen Informationen wartet dieser bis heute auf eine Antwort. Es ist ein ernstes Anliegen der Dübendorfer Gewerbetreibenden, Detaillisten, Gastwirte und all ihrer Kunden. Es hat auch nichts mit einem SVP-Wahlmanöver zu tun, wie sich unser Stadtpräsident in einem kürzlich erschienenen Bericht im Tages-Anzeiger äusserte. Ich frage mich überhaupt, weshalb der Stadtrat und die Medien in diesem Zusammenhang nur von der SVP sprechen. Das Postulat ist von 21 Gemeinderätinnen und Gemeinderäten unterzeichnet worden; das Anliegen ging also weit über die Parteigrenzen hinaus. Es waren Gemeinderatsmitglieder, welche sich über die jetzige und noch geplante Situation betreffend Parkplatzbewirtschaftung in unserer Stadt Sorge machen und dabei etwas Positives für unsere Bevölkerung bewirken möchten. Es ging bei diesem Postulat nicht einfach darum, alles gratis zu haben, sondern um eine Erleichterung für die vorher erwähnten Gruppierungen - schlicht für die Dübendorferinnen und Dübendorfer. Die Antworten des Stadtrates mit deren Begründung sind mehr als fadenscheinig und kaum nachvollziehbar.

2 Beispiele:

Erstens: Die Parkplätze am Adlerplatz sind jetzt sogar bis 24 Uhr gebührenpflichtig. Dies scheinbar wegen der Lärmbelästigung in der Nachbarschaft. Das Gegenteil wird eintreffen: Die meisten, die in der City ein Lokal besuchen wollen (es sind auch sehr viele Auswärtige, die im Dancing verkehren), fahren dann im ganzen Zentrum umher, um vielleicht doch noch irgendwo einen Gratisparkplatz zu finden. Zudem werden damit die übrigen Gastwirte im Zentrum zusätzlich benachteiligt.

Zweitens: Es ist offenbar beschlossene Sache, dass bereits auf diesen Sommer hin der Parkplatz bei der Badi gebührenpflichtig sein soll. Erst wurde für über 300'000 Franken eine Rutschbahn bewilligt, welche jetzt im Bau ist, mit der Begründung, die Badi noch attraktiver zu machen. Dies wäre sicher auch gelungen, obwohl für mich die Badi auch ohne Rutschbahn sehr schön und attraktiv war. Mit der Gebührenerhebung für die Parkplätze wird diese zusätzliche Attraktivität mehr als vernichtet. Wenn ich zu den regelmässigen Besuchern des Schwimmbades gehören würde, würde ich mir schnell ausrechnen, dass ich für den Betrag der Parkplatzgebühren den Sommer durch locker eine ganze Saisonkarte in Volketswil kaufen könnte, wobei ich dort immer genügend Gratisparkplätze zur Verfügung hätte und die Badanlage dort nicht weniger attraktiv ist. Zudem müssen wir uns doch nicht einbilden, unsere mündigen Bürger umerziehen zu können, damit sie mit dem Velo in die Badi gehen; vor allem jene mit Kind und Kegel, Taschen, Liegebetten, etc.

In Wirklichkeit geht es doch hier um eine zusätzliche Einnahmequelle. Ob diese wirklich effizient ist, wage ich zu bezweifeln. Das Aufwandkonto für die Bewirtschaftung durch die Stadtpolizei dürfte den grössten Teil der Einnahmen verschlingen. Zudem sollten wir doch alles daran setzen, dass möglichst viele Dübendorferinnen und Dübendorfer ihre täglichen Einkäufe im Ort tätigen. Das Geld bleibt in der Gemeinde und generiert logischerweise mehr Steuereinnahmen und nicht zuletzt auch Arbeits- und Ausbildungsplätze. Wenn ich also unter dem Strich den Saldo anschau, nicht kurzfristig, sondern mittel- und langfristig, könnte dieser sogar rot aussehen. In dem anfangs erwähnten Artikel im Tages-Anzeiger vom 8. Februar 2007 steht auch geschrieben, dass der Stadtpräsident über meiner Argumentation, die Leute würden in die umliegenden Einkaufszentren mit ihren Gratisparkplätzen abwandern, nur den Kopf schüttelte. Dabei behauptet er, dass die Zeit der Gratisparkplätze im Glattzentrum bald der Vergangenheit angehöre; dies weil mit der Direktverbindung der Glattalbahn zum Flughafen die Passagiere ihre Fahrzeuge im Glatt abstellen und dann mit der Glattalbahn zum Flughafen fahren würden, um dort die teuren Parkplätze zu umgehen. Wenn jemand bereit ist, seine Koffer vom Glattparkplatz zur Bahn zu schleppen, umso zum Flughafen zu gelangen, der würde dann mit Sicherheit das Auto zu Hause lassen und von dort direkt die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen. Es braucht recht viel Fantasie, um auf eine solche Idee zu kommen. Bestimmt gibt es Dinge, die in Dübendorf nicht oder nur mit ungenügender Auswahl zu kaufen sind. Ich denke aber, dass wir alles daran setzen müssen, um die Attraktivität für den Einkauf und vieles mehr in der eigenen Stadt zu behalten. Je mehr hier eingekauft wird, desto grösser wird auch die Investitionsfreudigkeit der Unternehmer, was wiederum die Vielfalt der Einkaufsmöglichkeiten steigert. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, das Postulat nicht abzuschreiben sondern aufrecht zu erhalten; vielleicht setzt sich der Stadtrat einmal aus Mitgliedern zusammen, welche mehr *für* ihre Bürger und weniger *gegen* sie bestimmen.“

Diskussion:

Erika Attinger (GEU) ergreift das Wort: „Ohne Überraschung nehmen wir von der GEU Kenntnis, dass die Postulaten noch immer nicht gemerkt haben, dass in der Politik Lösungen für die Zukunft gesucht werden und nicht Vergangenheitsbewältigung betrieben werden soll. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, haben wir in diesem Rat von verschiedensten Seiten, und nicht zuletzt aus den Reihen der Unterzeichner des Postulates immer wieder die Forderung gehört, der Stadtrat respektive unsere Stadt, müssten Liegenschaften aktiv und möglichst gewinnbringend be-

wirtschaften. Der Stadtrat hat richtig reagiert und die aktive Liegenschaftsbewirtschaftung zu einem der Legislaturziele gemacht. Parkplätze sind Liegenschaften. Es ist Land im Besitz der Stadt, und wer es braucht, soll dafür zahlen. Jetzt macht dies die Stadt und optimiert - wie gefordert - ihre Möglichkeiten. Und es ist auch wieder nicht recht. Was jetzt? Aus Sicht der GEU ist diese Parkplatzbewirtschaftung, wie wir sie heute haben, eine gute Sache. Sie bringt der Stadt Einnahmen, das ist gut, alles was sich selber finanziert, muss nicht über Steuergelder bezahlt werden. Wer etwas benutzt – in diesem Falle stadteigener Boden fürs Parkieren – soll dafür bezahlen. Ich bin sicher, dass die Liegenschaftsbesitzer unter den Unterzeichnern des Postulates für Abstellplätze auf ihrem privaten Grund etwas verlangen. Was für Private in Ordnung ist, soll für die öffentliche Hand nicht richtig sein? Oder ist der Vorstoss nur Wahlpropaganda, welche auf dem Komposthaufen gewachsen ist, worauf die ehemalige Autopartei ihre Ideen hat vergraben müssen? Und ich höre Sie schon munkeln, dass ja für Velos, die auf öffentlichem Grund abgestellt werden, auch nichts verlangt wird. Wenn es denn sein muss, dann verursachergerecht. Auf einem Parkfeld für Autos haben locker fünf Velos Platz. Also: 20 Rappen pro Velo, einen Franken pro Auto für dieselbe Zeit und wir sind dabei. Wer meint, dass es vor der Bewirtschaftung wirklich gratis gewesen sei, müsste sich auch mal überlegen, was Parkplätze kosten. Diese Kosten wollen sie, die Postulanten, den Steuerzahlern aufbürden! Die GEU ist klar der Meinung, dass die Gebühren angemessen sind. Die Bedenken der Postulanten, dass genau wegen diesen Gebühren weniger in Dübendorf eingekauft wird, teilen wir nicht. Wer als Dübendorfer etwas auf sich hält und die Unterstützung des Dübendorfer Gewerbes nicht nur als Lippenbekenntnis benutzt, geht in den Quartierladen. Dort bezahlt der Ladenbetreiber den Parkplatz und für den Benutzer ist er gratis. Wir haben also die Wahl, ob wir unser Vermögen aktiv und verursachergerecht bewirtschaften oder durch allgemeine Steuermittel finanzieren – und bei dieser Wahl entscheiden wir uns klar fürs Erste und lehnen die Aufrechterhaltung des Postulates ab. Es ist so, dass es im Leben fast nichts gratis gibt. Aber immerhin doch etwas: nämlich die erste Viertelstunde auf einem Dübendorfer Parkfeld.“

Hans Baumann (SP) bestätigt, dass seine Partei den Antrag des Stadtrates auf Abschreibung des Postulates unterstütze. Es sei unglaublich, dass hinsichtlich der aktuellen Umweltprobleme solche Postulate überhaupt aufgestellt würden. Die Forderungen der Unterzeichner erscheinen ihm wie eine Art Förderprogramm für Autofahrer. Im Gegenteil, so meint Baumann, müsste man sich überlegen, wie man die Gebühren für Autofahrer erhöhen könnte. Die Stadt Zürich überlege sich die Einführung eines Road-Pricings. Sollte dieses eingeführt werden, müsste auch Dübendorf – um den befürchteten Ausweich-Verkehr abzublocken – ein ähnliches System in Erwägung ziehen. Er glaube nicht, dass es sich beim vorliegenden Postulat um eine generelle Wahlpropaganda der SVP handle. Vielmehr vermutet er die Wurzeln dieser Wahlpropaganda bei der „folkloristisch veranlagten“ örtlichen SVP.

Kurt Berliat (CVP) plädiert namens seiner Fraktion für eine Aufrechterhaltung des Postulates. Der Stadtrat habe in seiner Antwort den Unterzeichnern in allen Punkten eine Absage erteilt. Die Flexibilität des Stadtrates, so Berliat, sei gleich Null. Man habe zwar im Rat schon über die Parkplatzbewirtschaftung gesprochen, die Gebührenordnung hingegen sei noch nie diskutiert worden. Diese sei konsumenten- und gewerbefeindlich, findet Berliat.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung: für Abschreibung: 12 Stimmen
gegen Abschreibung: 21 Stimmen

Das Postulat muss somit im Geschäftsbericht als Pendeuz aufgeführt werden.

5. Postulat André Ingold (SVP) und 10 Mitunterzeichnende betreffend Umweltbericht / Beantwortung

Da André Ingold nicht mehr dem Gemeinderat angehört und nun als Stadtrat wirkt, nimmt SVP-Fraktionspräsident Hans-Felix Trachsler Stellung zum Antrag des Stadtrates vom 19. Oktober 2006:

Eine periodische Überprüfung und ein kritisches Hinterfragen von ständigen öffentlichen Arbeiten kann nie schaden. Der seit 1992 regelmässig erscheinende Umweltbericht gehört zu einem derartigen Bereich. Bisher wurde der aufwändig erstellte Bericht in der GRPK vorberaten und im Gemeinderat jeweils diskussionslos zur Kenntnis genommen, ohne dass konkret sichtbare Massnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation ergriffen worden sind.

In der Beantwortung des Postulates schlägt nun der Stadtrat vor, den Bericht auf eine neue Basis zu stellen:

- Verlängerung der Berichtsperiode von 3 auf 4 Jahre
- Nutzung Synergieeffekte zusammen mit dem Label Energiestadt
- Verstärkte Fokussierung auf lokale Themen
- Publikation am Ende der Legislaturperiode
- Reduktion der Berichtskosten

Die SVP-Fraktion erachtet die vorgeschlagene Neuausrichtung als zweckmässig und sinnvoll. Das Ziel des Postulates ist damit erreicht. Der stadträtliche Antrag auf Abschreibung des Vorstosses kann unterstützt werden.

Diskussion:

Daniel Brühwiler (GEU) erinnert daran, dass seine Partei die damalige Überweisung des Postulates unterstützt hatte. Die GEU würde es aber interessieren, wo die konkreten Massnahmen bleiben. Der Stadtrat seinerseits berufe sich auf die Tatsache, dass seine Beschlüsse durch den Umweltbericht beeinflusst würden. In diesem Zusammenhang mache es Sinn, dass der Umweltbericht neu nur noch alle vier Jahre erstellt werde, so Brühwiler. Namens seiner Fraktion unterstützt er die Abschreibung des Postulates.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Mit 34 zu 0 Stimmen wird der Abschreibung zugestimmt.

Das Geschäft Nr. 210 / 2005 ist somit abschliessend behandelt.

6. Dringliche Interpellation Patrick Angele (JUSO / SP) und 9 Mitunterzeichnende betreffend privater Sicherheitsdienst am Stägenbuck

Der Erstunterzeichner Patrick Angele (JUSO / SP) nimmt zur Antwort des Stadtrates vom 30. November 2006 wie folgt Stellung:

Patrick Angele erläutert, dass er mit seiner Interpellation auf die beiden Themen Sicherheit und Jugendgewalt / Jugendverwahrlosung abzielte. Die Beantwortung des Stadtrates lasse aber viele Fragen offen. Für ihn persönlich stelle der Einsatz von privaten Sicherheitskräften ein grosses Problem dar. Es bestehe die Gefahr von Willkür und Verwechslungsgefahr. Im Weiteren erachte er die Wahrung von Sicherheit und Ordnung auf öffentlichem Grund als Aufgabe der Polizei. Im Stägenbuck gebe es Probleme mit Jugendlichen, so Angele. Der Stadtrat zeige aber keine Lösungen auf. Der Stadtrat wolle das Problem anscheinend nicht anpacken. Wenn der Stadtrat etwa auf die Frage nach zusätzlichen Räumlichkeiten für Jugendliche auf die Obere Mühle, das Märtkafi und das Kino Orion verweise, dann sei das lächerlich. Das Märtkafi sei heute schon überbelegt, in der Oberen Mühle sei ein entsprechender Versuch mit dem „Cafe Karpov“ gescheitert und die Räumlichkeiten des Kinos seien in privaten Händen.

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Das Geschäft Nr. 14 / 2006 ist somit abschliessend behandelt.

7. Interpellation Hans Baumann (SP / JUSO) und 8 Mitunterzeichnende betreffend Kinderbetreuung / Begründung / Überweisung

Der Erstunterzeichner Hans Baumann (SP / JUSO) begründet die Interpellation:

„Andrea Kennel hat bereits in der Fraktionserklärung darauf hingewiesen, dass wir es als willkürlich erachten, dass das Büro unseren Vorstoss nicht als Postulat entgegengenommen hat. Es geht uns aber um die Sache – und deshalb werden wir uns nicht weiter auf eine kleinliche Formaldiskussion einlassen.

(Der Redner fügt noch an, dass er sich vom Büro in dieser Angelegenheit nicht erst genommen fühlt. Gegenüber anderen politischen Vorstössen mit formell identischem Inhalt sei sein Vorstoss ganz klar benachteiligt worden. Er hoffe, diesen Fall mit dem Ratssekretär noch klären zu können.)

Wir bitten aber den Stadtrat, unsere Interpellation wirklich ernst zu nehmen und mit einem ausführlichen Bericht zu beantworten. Das heisst, dass der Stadtrat vor allem aufzeigen soll, wie und wann die vom Volksschulgesetz verlangten Tagesstrukturen eingeführt und die familienergänzende Betreuung ausgebaut werden kann. Für einen beschleunigten Ausbau der Tagesbetreuung gibt es vor allem vier Gründe: Für Frauen und Männer ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein zunehmendes Bedürfnis. Dies erfordert Betreuungsstrukturen, welche die Familie ergänzen (nicht ersetzen). Ein Tagesangebot für Kinder ist ein wichtiges Element der Integration. Kinder und Jugendliche, welche oft auch sich selber überlassen bleiben, werden

von geschulten oder erfahrenen Personen betreut, anstatt auf der Strasse gelassen. In der Krippe oder Tagesschule lernen sie Sozialkompetenz. Ein gutes Betreuungsangebot, gerade auch für Familien mit mittleren Einkommen, ist heute ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Es generiert mehr Einkommen und so auch mehr Steuereinnahmen. Für Familien mit Kindern aber auch für Unternehmen ein wichtiger Grund, sich an einem Ort niederzulassen (Beispiel Zürich: Jeder Franken, welcher in Krippen investiert wird, generiert 1.60 Franken Steuereinnahmen). Unsere Stadt hat einen Nachholbedarf. An der Anzahl Kinder gemessen liegt Dübendorf an fünfter Stelle im Kanton, im so genannten Betreuungsindex des Kantons aber nur an 22. Stelle. Rasches Handeln tut also Not. Wir bitten den Stadtrat, die Interpellation rasch zu beantworten und wenn nötig auch Vorschläge zu machen, wie der Ausbau der Betreuungsstrukturen beschleunigt werden kann. Wir werden übrigens eine Motion nachreichen, wo dieses Anliegen auch bezüglich Betreuungsplätzen für Vorschulkinder verlangt wird (die nicht direkt vom Volksschulgesetz erfasst werden).“

8. Interpellation Stefanie Huber (GEU) und 4 Mitunterzeichnende betreffend EcoCar-Expo / Begründung / Überweisung

Stefanie Huber (GEU) begründet die Interpellation:

„Neue Technologien für ein zukunftssträchtiges Dübendorf: Unter diesem Motto möchte ich Ihnen kurz das Konzept einer EcoCar-Expo vorstellen. Dabei handelt es sich um ein- oder zweitägige Anlässe, welche vom Verein e`mobile organisiert, logistisch und in Bezug auf Werbung von der Gemeinde unterstützt werden. Vorge stellt werden verbrauchs- und emissionsarme Fahrzeuge sowie solche mit Treibstoffen aus erneuerbaren Quellen. Weiter soll die Möglichkeit für Probefahrten in Testfahrzeugen von regionalen Händlern bestehen. Der breiten Bevölkerung werden innovative Technologien näher gebracht. Berührungsängste gegenüber neuen Technologien werden damit abgebaut. Lokale und regionale Händler, welche diese Fahrzeuge anbieten, können sich bekannt machen. Die EcoCar-Expo ist eine gute Aktion für das Energiestadt-Label. Ferner schaffen emissionsarme Fahrzeuge Abhilfe bei unseren Luftproblemen und das lokale Gewerbe kann sich mit einer solchen Ausstellung profilieren. Dübendorf soll der Zukunft nicht hinterherhinken sondern allen anderen davonfahren beziehungsweise als erste im Ziel der nachhaltigen Gemeinden ankommen.“

9. Pensionskasse der Stadt Dübendorf / Reglementsänderung / Genehmigung

Namens der GRPK präsentiert Ruedi Herter die Vorlage:

„Die Umsetzung des dritten Pakets der ersten BVG-Revision hat zur Folge, dass die Pensionskasse der Stadt Dübendorf ihr Reglement, das zuletzt am 1. November 2004 per 1. Januar 2005 geändert worden ist, erneut anpassen muss. Es handelt sich, abgesehen von ein paar redaktionellen Änderungen, um ein Nachvollziehen der in Kraft gesetzten Bestimmungen.“

Die Revisionspunkte der 1. BVG-Revision betreffen die obligatorische berufliche Vorsorge (2. Säule) und umfassen:

- Herabsetzung der Eintrittsschwelle
- Herabsetzung des Koordinationsabzuges
- Senkung des Umwandlungssatzes
- Regelmässige Überprüfung und Anpassung des Mindestzinses
- Einführung der Wittwerrente
- Einführung der Kapitaloption
- Rentenalter einheitlich für Frauen

Das dritte und letzte Paket der ersten BVG-Revision **betrifft den Begriff der beruflichen Vorsorge** und den **Einkauf**. Die neu in der Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge definierten Prinzipien präzisieren und flexibilisieren die berufliche Vorsorge. Sie trennen aber auch die steuerlich begünstigte berufliche Vorsorge von der privaten Vorsorge und Versicherung ab und verhindern die Verschaffung übermässiger steuerlicher Vorteile. Weitgehend wird mit der Verordnung die aktuelle Praxis verankert. Es ergeben sich für die meisten Versicherten kaum spürbare Konsequenzen.

Folgerung und Antrag:

Es gibt keine Alternativen zum Nachvollzug der in Kraft gesetzten Bestimmungen. Die GRPK beantragt, dem vom Stadtrat vorgelegten Antrag Nr. 17 vom 19. Oktober 2006 zuzustimmen.

Diskussion:

Hans Baumann (SP) will wissen, ob die Arbeitnehmervertreter mit den Änderungen einverstanden sind.

Finanzvorstand Martin Bäumle bestätigt, dass das Einverständnis der Arbeitnehmerseite vorliegt.

Abstimmung:

Die Reglementsänderung der Pensionskasse der Stadt Dübendorf wird mit 37 zu 0 Stimmen rückwirkend per 1. Januar 2007 genehmigt.

20.10 Uhr: 5 Minuten Pause

10. 2 Einbürgerungsgesuche

Valeria Rampone informiert über den Fragebogen, welcher neu bei allen Bewerber-Gesprächen der Bürgerrechtskommission zur Anwendung kommt. Damit können allfällige Negativentscheide ab sofort nachvollziehbar begründet und nachgewiesen werden. Neu werden zudem separate Gespräche mit jedem einzelnen Bürgerrechtsbewerber geführt, auch bei gemeinsamen Gesuchen von Ehepaaren.

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Anträge geprüft. Sie gibt zu den einzelnen Gesuchen gemäss den erwähnten Bestimmungen ihre Empfehlungen ab.

Der Gemeinderat fasst,

gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden

Beschlüsse:**Geschäft Nr. 29 / 2006**

Izairi Adnan, mazedonischer Staatsangehöriger, sowie das Kind Jeton, wohnhaft Wangenstrasse 34, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'900.—

Antrag BRK: Zustimmung mit 5 zu 0

Diskussion:

Peter Bless (DP) fragt, warum die Ehefrau nicht eingebürgert wird.

BRK-Mitglied Barbara Schori (CVP) führt aus, dass das Gesuch der Ehefrau aufgrund von mangelnden Deutschkenntnissen zurückgestellt wurde.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja zu 6 Nein

Geschäft Nr. 36 / 2006

Metz Antonio, mexikanischer Staatsangehöriger, wohnhaft Grossackerstrasse 8, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'450.—

Antrag BRK:	Zustimmung mit 5 zu 0
Diskussion:	keine
Abstimmungsergebnis:	28 Ja zu 1 Nein

Geschäftsführung: Keine Einwändungen.

Schluss der Sitzung: 20.25 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Toni Spitale

Geprüft und genehmigt:

Dübendorf, 8. März 2007

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Der Präsident:

Andreas Sturzenegger

Die Stimmenzähler:

Matthias Maag

Patrick Angele

Patric Crivelli